

Brandenburg und Polen: Partner in Europa

Positionspapier der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag
Stand: 23.09.2022

I. Freundschaft mit Polen - ein Staatsziel

„Wir bauen unsere Freundschaft mit Polen gemeinsam aus.“

Am 05. Juli 2022 haben wir unsere Landesverfassung geändert, um die brandenburgisch-polnischen Beziehungen weiter zu vertiefen. In Artikel 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es:

Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern anstrebt und hierbei insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland Polen pflegt und weiterentwickelt.

Damit dieses Staatsziel nicht ein Lippenbekenntnis bleibt, **setzen wir uns gemeinsam mit unseren polnischen Partner*innen für den Ausbau des lebendigen Miteinanders** mit unseren Nachbarn Polen ein.

Unser besonderer Fokus gilt dabei der polnischen Zivilgesellschaft und NGO's, die sich z.B. für ein ökologisches Umdenken oder LGBTIQ Rechte einsetzen. Erst recht gilt das in den Zeiten, in denen die Freiräume für Zivilgesellschaft in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU unter Druck stehen. Wir setzen uns daher aktiv für den Schutz der Zivilgesellschaft und des freiwilligen Engagements ein, um die gesellschaftlichen und kulturellen Brücken der deutsch-polnischen – und der europaweiten – Zusammenarbeit zu stärken. Vereine und gemeinnützige Organisationen sollen grenzüberschreitend zusammenarbeiten und dabei keine unnötigen Hürden überwinden müssen. **Deswegen unterstützen wir die Umsetzung der EU-Initiative für ein Europäisches Vereinsrecht.**

Eine bessere Verständigung ist die Grundlage für die freundschaftliche Beziehung beider Länder miteinander. Die EU hat das Ziel formuliert, dass jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger neben seiner Muttersprache zwei Fremdsprachen lernen solle. Grenzregionen haben hierbei eine besondere Verantwortung.

Wir Bündnisgrünen haben die Erarbeitung eines Mehrsprachigkeitskonzeptes im Koalitionsvertrag verankert, dieses wird nun mit breiter Beteiligung erarbeitet. **Auch im Bereich des kulturellen Zusammenlebens wollen wir deutsch-polnische Angebote fördern.**

Aufgrund der geografischen Lage und den vielen wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Verflechtungen zwischen Brandenburg und Polen steht die polnische Sprache bei der Erarbeitung eines Mehrsprachigkeitskonzeptes sowohl in der schulischen als auch in der Hochschulbildung im Zentrum. 217 deutsch-polnische Schulpartnerschaften lassen polnische und brandenburgische Kinder und Jugendliche näher zusammenrücken. Aber nur ein Prozent der Brandenburger Schüler*innen lernen Polnisch. **Wir wollen, dass mehr Brandenburger Schulen Polnisch anbieten und mehr Kinder zweisprachige Kitas besuchen können.**

Wir unterstützen das Konzept der Europaschulen und stehen für deren Ausbau. Zurzeit stagniert die Zahl der Europaschulen im Land Brandenburg bei 20. **Auch hier ist unser Ziel, den Schwerpunkt der Brandenburger Europaschulen stärker auf die Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Polen zu legen.**

Mehrsprachige Studienangebote wie an der Europa-Universität Viadrina erleichtern den Hochschulzugang für nicht deutschsprachige Studienplatzbewerber*innen. Gleichzeitig ist die Europa-Universität Viadrina ein Ort für grenzübergreifende Forschung und Wissenschaft, an dem Europa gelebt wird.

Auch Jugendprojekte und Jugendaustausche bieten wichtige Gelegenheiten für junge Menschen, Erfahrungen anderen Kulturen und Sprachen zu sammeln.

Nachbarschaftshilfe bedeutet auch in Notfällen füreinander da zu sein. Brände, Naturkatastrophen und Pandemien machen nicht vor Grenzen halt, daher ist die Vertiefung der grenzüberschreitenden Nothilfe im Bereich der Gesundheitsversorgung, Feuerwehr und auch Polizei im Interesse beider Seiten. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit der Polizei über das gemeinsame Abkommen ist beispielgebend, auch in der Justiz und anderen Bereichen wollen wir die Kooperation verstetigen und vereinfachen.

Für den Ausbau der deutsch-polnischen Zusammenarbeit wäre Frankfurt (Oder) als Doppelstadt mit Słubice der ideale Standort für das geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation, **deswegen unterstützen wir die Bewerbung der Stadt Frankfurt (Oder) ausdrücklich.**

Brandenburg liegt im Herzen Europas und nimmt aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Geschichte eine besondere Rolle in der europäischen Zusammenarbeit ein. Brandenburg hat viele wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und kulturelle Brücken zu Polen aufgebaut. Menschen von beiden Seiten der Grenze pendeln in das jeweilige Nachbarland zum Arbeiten, Lernen, Studieren, zum Einkaufen, in die Kita, zum Arzt oder zum Familienbesuch.

Die Corona-Pandemie bedeutete auch für die brandenburgisch-polnischen Verflechtungen einen harten Einschnitt. Seit dem Schengen-Beitritt Polens im Jahr 2004 hatte es keine geschlossene Grenze mehr gegeben. Die Grenzschießung zwischen Brandenburg und Polen führte uns ganz praktisch vor Augen, wie stark die Brandenburger Wirtschaft, z.B. in der Gesundheitswirtschaft und Landwirtschaft von den polnischen Arbeitskräften abhängt. Und sie erinnerte daran, dass offene Grenzen in der Europäischen Union ein hohes Gut sind.

Als Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stehen wir in engem Kontakt mit den Abgeordneten der polnischen grünen Partei, um die brandenburgisch-polnischen Beziehungen im Rahmen einer pluralistischen und weltoffenen Demokratie weiter zu vertiefen.

II. Brandenburg in Europa

„Wir arbeiten an der weiteren Integration Europas.“

Europa steht vor großen Herausforderungen. Das führt uns aktuell der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins auf die Ukraine mit all seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen deutlich vor Augen. Auch die Bewältigung der anderen großen Krisen unserer Zeit, der Klimaveränderung und der Corona-Pandemie, können wir nur gemeinsam angehen. Weltweite Entwicklungen wie Globalisierung und Digitalisierung brauchen neue Antworten. All diese Krisen und Veränderungen stellen den Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit Europas auf die Probe. Sie zeigen aber auch wie wichtig ein einiges und starkes Europa ist.

In besonderer Weise ist die Europäische Union in der Verantwortung, aber auch geeignet, die aktuellen Krisen zu bewältigen. Insbesondere in Zeiten der russischen Aggression gegen die Ukraine muss die politische Geschlossenheit der EU gewahrt werden.

Die 27 Mitgliedstaaten stehen vor der Herausforderung, einerseits geschlossen in der sich abzeichnenden neuen Weltordnung mit stärkeren Allianzen zwischen Russland,

China, Indien und Iran ihren Platz zu finden und andererseits den inneren Zusammenhalt und die Intensivierung der Zusammenarbeit weiter voranzutreiben. Jede Form der europäischen Integration, sei es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich oder kulturell trägt zu Zusammenhalt und Fortschritt der Staatengemeinschaft und somit auch zur Wettbewerbsfähigkeit der EU in einer globalisierten Welt und zum Erhalt des Wohlstands der Menschen in der Europäischen Union bei. Eine wettbewerbsfähige, nachhaltige Wirtschaft und eine solidarische wertegeleitete europäische Gesellschaft stellt die Grundlage des Wohlstandes in der EU dar.

Europa endet nicht an den Grenzen der Europäischen Union. Deshalb engagieren wir uns aktiv auch in den Gremien des Europarats. Wir begrüßen die Resolution A/RES/76/300 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 28.07.2022, die das Recht auf eine „saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt“ als Menschenrecht anerkennt. **Daher unterstützen wir die Initiative des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, auf gesamteuropäischer Ebene die Verpflichtung der Kommunen zu Umwelt- und Klimaschutz völkerrechtlich festzuschreiben.**

III. Energiewende als Europäische Gemeinschaftsaufgabe

„Europa hält bei der Frage der Energieversorgung zusammen.“

Noch im vergangenen Jahr war Deutschland und Brandenburg in erheblichem Maße von der Lieferung fossiler Energien aus Russland abhängig. So kamen ca. 55 % des Erdgases in Deutschland aus Russland, die PCK-Raffinerie Schwedt bezog über 90% ihres Rohöls aus Russland.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine energisch umgesteuert hat. Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa wollen wir die einseitige Abhängigkeit von Russland überwinden. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energien noch schneller vorantreiben, den Import fossiler Energien aus Russland beenden und unsere Bezugsquellen fossiler Energien diversifizieren, solange sie noch benötigt werden.

Die von Putin unter fadenscheinigen Vorwänden herbeigeführte Gaskrise soll Europa spalten. Dem stellen wir eine klare europäische Haltung und europäische Solidarität entgegen.

Eine Europäische Union ist nicht mehr ohne ein Energie-Union denkbar. Die vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine vorhandene nationale Abhängigkeit Deutschlands von

den Gaslieferungen aus Russland verdeutlicht, dass eine Transformation der Energieversorgung immer dringender wird. Die bereits heute technisch und wirtschaftlich verzahnten, gesamteuropäischen Energienetze bieten hierbei die Chance für Solidarität unter den Mitgliedsstaaten. Das grenzüberschreitende Fernwärmenetz in Frankfurt und Słubice ist ein positives Beispiel, wie es gut funktionieren kann. **Wir setzen uns für weiter grenzüberschreitende Energieregionen ein.**

Energieminister Habeck nimmt zu Recht im Umgang mit der Gaskrise die EU in die Pflicht. Diese Herausforderung kann nicht mehr allein mit nationalen Anstrengungen gemeistert werden, vielmehr bedarf es einer Europäischen Solidarität der EU Staaten, um nationale Notlagen zu verhindern oder zumindest zu vermindern. Gleiches passiert, wenn Ökostrom aus Deutschland das Stromnetz in Frankreich stabilisiert, weil die dortigen Atomkraftwerke nicht einsatzfähig sind.

Das akute Hochfahren der Kohleverstromung ist vor dem Hintergrund der Gasknappheit im Sinne der Versorgungssicherheit richtig. Um die europäischen Klimaschutzziele dennoch zu erreichen, müssen die zusätzlichen Emissionen jedoch durch stärkere Einsparungen nach der Gaskrise kompensiert werden. Neben dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien bedarf es dafür eines forcierten Kohleausstiegs, sobald die Gasversorgung durch den Aufbau neuer Quellen wieder sichergestellt ist. Das bedeutet, dass Kohlekraftwerke früher vom Netz gehen müssen, als bisher geplant. Hier kann Brandenburg auch als Vorbild für Polen dienen, welches ebenfalls noch stark auf Kohle setzt. Wir begreifen die Lausitz als länderübergreifende Transformationsregion und wollen das im Strukturwandelprozess leben.

Das europäische Öl-Embargo gegen Putin ist richtig, gerade im Bereich der Pipelines. Gleichzeitig nehmen wir die Sorgen in der Uckermark wegen der besonderen Situation und Abhängigkeit der PCK-Raffinerie von russischem Öl wahr und sorgen für einen Weiterbetrieb und die dringend notwendige Transformation des Betriebs unter Absicherung der Beschäftigten. Wir begrüßen die Vereinbarung der Bundesregierung mit der Brandenburgischen Landesregierung vom 16.09.2022, welche auch einen modellhaften Zukunftspfad für die Region beschreibt. **Wir fordern die Bundesregierung auf, die PCK-Raffinerie über die nächsten zwei Jahre hinaus in ihrer Transformation zu unterstützen.**

Hierbei erwarten wir auch eine Unterstützung durch die Europäische Union. Auch wenn zunächst die weitere Versorgung der Raffinerie über die Häfen Rostock und Danzig gesichert werden soll, rückt der Standort Schwedt auf Augenhöhe mit der Lausitz bei

der Frage der Verteilung der JTF-Mittel. Beide Regionen sind von der Transformation im Rahmen der Energiewende unmittelbar betroffen.

IV. Die Oder: ein gemeinsamer Fluss

„Wir übernehmen gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn Verantwortung für das Wohl der Oder.“

Die Oder ist eine natürliche Grenze zwischen den Staatsgebieten Polens und Deutschlands. Allein Brandenburg hat eine ca. 190 km lange Odergrenze.

Die Notwendigkeit, die Ressource Wasser als wichtige Lebensgrundlage zu schützen, nimmt durch die Klimakrise zu. Änderungen im Niederschlagsverhalten, anhaltende Dürrephasen und steigende Temperaturen bedingen geringere Durchflüsse und sinkende Wasserstände. Diese Veränderungen wirken besonders verheerend auf die Ökosysteme in ausgebauten Flüssen mit vergrößerten Gewässerprofilen, Staustufen und anthropogenen Einleitungen.

Flüsse sind in unserer Gesellschaft nicht nur Lebensadern für viele Pflanzen und Tiere in der Landschaft, sondern auch Wasserspender für Industrie und Produktion, Verkehrswege und Erholungsraum für den Menschen. Die Klimakrise verschärft an den Flüssen die Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Naturschutz auf der einen und Schiffbarkeit und Wasserentnahmen auf der anderen Seite.

Bei der Entwicklung unserer Flüsse muss diesem Umstand Rechnung getragen werden. Im Vordergrund muss die Sicherung der natürlichen Ressourcen und eine nachhaltige Nutzung der Flüsse stehen. Schiffe müssen den Flüssen angepasst werden und nicht die Flüsse den Schiffen!

Das gilt insbesondere für die Oder, die über weite Strecken im Grenzbereich einen besonders wertvollen Lebensraum mit einer teils seltenen und schutzwürdigen Fauna und Flora darstellt.

Mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie gibt es starke europäische Umweltgesetzgebungen, die von allen europäischen Mitgliedstaaten umzusetzen sind. Bei aufkommenden Konflikten zwischen Mitgliedsstaaten müssen europäische Institutionen eine moderierende und starke Rolle spielen.

Die aktuellen Eingriffe in der Oder auf polnischer Seite konterkarieren die europäischen Schutzziele. Sie führen zu einer Verarmung der Gewässerstrukturen und widersprechen

damit dem Verschlechterungsverbot der Wasserrahmenrichtlinie. Die Maßnahmen vernichten Lebensräume besonders geschützter Fischarten und Wirbelloser und widersprechen damit der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Die einseitigen Ausbauarbeiten führen nachweislich zu einer Erhöhung der Hochwassergefahr und zur weiteren Wasserstandsabsenkung in den Oderaueen im Niedrigwasserfall.

Die Umweltkatastrophe mit einem Fisch- und Muschelsterben in der Oder im August 2022 hat uns gezeigt, wie empfindlich dieses Ökosystem ist und welchen Schaden wir dem Fluss, aber auch den am und mit dem Fluss lebenden Menschen zufügen, wenn wir die Belastungsgrenzen überschreiten.

Die vom Brandenburger Umweltministerium und den Umweltverbänden eingereichten Widersprüche gegen den Oderausbau wurden zwar vom woiwodschaftlichen Verwaltungsgericht in Warschau positiv beschieden, letztlich jedoch durch die Umweltbehörde abgelehnt. Ungeachtet der unvollständigen Umweltprüfung begann Polen mit den Baumaßnahmen. Selbst während des Fischsterbens in der Oder wurde der Ausbau fortgesetzt. Die „Patientin Oder“ braucht nun Ruhe und Zeit zur Renaturierung, keine weiteren Eingriffe.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den sofortigen Baustopp der Ausbaumaßnahmen auf polnischer Seite. Wir fordern unsere Landesregierung auf, Klage gegen den Bescheid der Generaldirektion für Umweltschutz der Republik Polen zur Umweltverträglichkeitsprüfung einzureichen und sich für ein umfassendes beidseitiges Monitoring und das Abstellen der schädlichen Einleitungen einzusetzen.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Klimakrise und der zu erwartenden weiteren Beeinträchtigungen des Ökosystems Oder **fordern wir, die Pläne für das Abkommen über die gemeinsame Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet (Hochwasserschutz, Abfluss- und Schifffahrtsverhältnisse)“ vom 27.04.2015 auf den Prüfstand zu stellen und neu zu bewerten.**

Wir setzen uns für eine Einberufung des „Grenzüberschreitenden Schutzgebietsverbund Unteres Odertal“ ein. Wir kämpfen zusammen mit den polnischen grünen Abgeordneten und den NGOs auf deutscher und polnischer Seite weiter gegen den Oder-Ausbau.

V. Migrationspolitik

„Wir fördern deutsch-polnische Kooperationen bei der Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten.“

Das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik stellt die Mitgliedstaaten vor unnötige Herausforderungen mit schwerwiegenden Folgen für die geflüchteten Menschen. Ein zentrales Ziel unserer Politik ist der europäische Zusammenhalt und die europäische Solidarität, insbesondere in der Flüchtlingspolitik. Wir wollen, dass die Durchführung von Asylverfahren, die Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden im Verantwortungsbereich aller Mitgliedsstaaten liegt und nicht nur bei jenen, die aufgrund ihrer geografischen Lage zum Erstanlaufpunkt für Schutzsuchende werden. Rückführungen aufgrund der Dublin-III-Verordnung können besondere Härten für die Geflüchteten bedeuten. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine sahen sich viele Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Allein Polen hat über 1,2 Millionen Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Wir würdigen diese große Leistung unseres Nachbarlandes und stehen solidarisch an der Seite aller Länder, die durch die Migrationsbewegungen besonders belastet werden. Deutschland und Polen können voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen sowie best practice Beispiele miteinander austauschen. **Wir fordern einen bilateralen Austausch zur gemeinsamen Bewältigung der Aufgaben bei der Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten.**

VI. EU-Mittel für ein ökologisches und soziales Brandenburg einsetzen

„Wir nehmen die Chancen der EU-Fördermittel für Brandenburg wahr.“

Die unterschiedlichen Förderprogramme der EU machen Europa für die Bürger*innen erfahrbar und tragen an vielen Stellen zur ökologischen und sozialen Entwicklung bei. Wir begrüßen, dass im Rahmen der Umsetzung des europäischen Green Deals eine zunehmende Fokussierung auf die Finanzierung von Projekten zur Bekämpfung des Klimawandels und zur nachhaltigen Entwicklung Europas erfolgt. Für die aktuelle Förderperiode 2021 bis 2027 stehen für das Land Brandenburg 3,16 Milliarden Euro zur Verfügung, z.B. für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) oder den Just Transition Fund (JTF). Die meisten Förderprogramme werden über die einzelnen Ministerien umgesetzt. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Kofinanzierungsmittel für die EU-Förderprogramme durch das Land vollumfänglich bereitgestellt werden.**

VII. Vernetzung der deutsch-polnischen Verkehrsverbindungen

„Wir bauen die Verkehrsverbindungen zwischen Polen und Deutschland aus.“

Gute Beziehungen über die Grenzen hinweg brauchen gute Verkehrsverbindungen. Um die Menschen näher zueinander zu bringen, aber zugleich das Klima zu schützen, muss ein größerer Teil der Verkehre innerhalb des Umweltverbunds (Fuß-, Rad- und öffentlicher Verkehr) stattfinden. Noch immer stellen Sicherheits-, Strom- und Ticketingsysteme hohe Hürden für einen attraktiven grenzüberschreitenden SPNV und Fernverkehr dar. Wir brauchen gute Nahverkehrsverbindungen und gemeinsame Tarife über Frankfurt/Oder, Guben und Forst in die nahegelegenen polnischen Zentren.

Brandenburgs Grenze zu Polen wird zudem fast auf gesamter Länge durch die Grenzflüsse Oder und Neiße gebildet, die eine natürliche Hürde für kleinräumige Querungen bilden. Die diesjährige Eröffnung der alten Eisenbahnbrücke von Neurüdnitz nach Siekierki für Fuß- und Radverkehr ist ein positives Beispiel dafür, wie vorhandene Infrastruktur und nachträglich ausgebaute Radwegnetze auf beiden Seiten die Menschen einander näherbringen können. Aber auch Fährverbindungen eignen sich hervorragend, Brandenburg und Polen besser zu verbinden.

Es ist großartig, dass mit dem RB 92 zwischen Guben und Zielona Gora wieder Personenverkehr stattfindet. Wir wollen perspektivisch, dass Züge nicht nur am Wochenende, sondern auch unter der Woche fahren.

Wir fordern den zweigleisigen Ausbau der RB 26 zwischen Berlin und Kostrzyn, um die Kapazitäten sowohl für den Personen- als auch den Güterverkehr zu erhöhen. Des Weiteren soll die Strecke Berlin - Szczecin zügig fertiggestellt werden. Die Buslinie 983 von Frankfurt (Oder) nach Słubice hat noch immer keine dauerhaft gesicherte Rechtsgrundlage. **Diese muss kurzfristig hergestellt werden und gleichzeitig das mittelfristige Ziel verfolgt werden, eine Tramverbindung zu etablieren.**

VIII. Die Zukunft heißt Europa

„Wir wollen einen föderalen europäischen Bundesstaat“

Um den Herausforderungen unserer Zeit angemessen begegnen zu können, brauchen wir eine starke und solidarische EU. Das Ziel für uns Bündnisgrüne ist daher ein föderaler europäischer Bundesstaat auf Basis der Grundrechtecharta.

Die dort verankerten Rechte und Freiheiten stellen die Grundlage unserer Wertegemeinschaft dar und verpflichten jeden Mitgliedstaat, seine Politik und sein Handeln nach ihnen auszurichten.

Unser Ziel, klimaneutrale, nachhaltige, Wohlstand und Freiheit garantierende Europäische Staaten zu erhalten und zu stärken, erreichen wir nur mit einem starken und einigen Europa. **Wir fordern bei politischen Vorhaben stets die europäische Perspektive mitzudenken.**